

Mit der Einweihung der Uran-Fabrik der staatlichen Industrias Nucleares do Brasil (INB) in der Stadt Resende trat das größte Land Lateinamerikas dem «Eliteclub» von nun zehn Ländern bei, die die Technologie der Urananreicherung „in industriellen Dimensionen“ beherrschen und anwenden. Brasilien und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) hatten sich im Jahr 2004 auf Inspektionen brasilianischer Anlagen zur Urananreicherung geeinigt. Das umstrittene brasilianische Nuklearprogramm, das dem des Iran ähnelt, hatte in den vergangenen Jahren zu Spannungen mit der IAEO geführt, weil deren Inspektoren bei Kontrollbesuchen stets eine Besichtigung der Gaszentrifugen verwehrt worden war. Brasilien argumentierte, es handele sich um eine moderne Technologie, die vor Industriespionage geschützt werden müsse. Das Land hat nach eigenen Angaben die drittgrößten Uran-Reserven der Welt.

Brasilien kündigte zur Erweiterung seines Nuklearprogramms den Bau von vier weiteren Atomkraftwerken an. Zwei AKWs sollen 2010 und die anderen zwei 2016 in Betrieb gehen.

Inge Lindemann ●

Energiewirtschaft

„50 Jahre Atomenergie sind genug“

Unter diesem Titel haben Antonia Wenisch und Nadia Prauhart vom Österreichischen Ökologie-Institut in Wien im Auftrag des „Grünen Klubs“ im österreichischen Parlament eine energiepolitische Studie zum Status der Atomkraft im 21. Jahrhundert verfaßt und jetzt veröffentlicht. Sie beleuchten darin den heute erreichten Stand der

Entwicklung der Atomindustrie, analysieren deren wirtschaftliche Verknüpfungen und beantworten die Frage, wie die Atomenergie die Entwicklung erneuerbarer Energien behindert hat und behindern wird, sollte sie weiterhin gefördert werden. Die Ergebnisse ihrer Betrachtungen fassen Wenisch und Prauhart wie folgt zusammen:

Atomkraftwerke werden staatlich gefördert, wenn sie gebaut werden, dann setzt das umfangreiche staatliche Garantien und Subventionen voraus. In der Studie wird die Praxis der Atomförderungs politik in verschiedenen europäischen Ländern aufgezeigt, wie jener in Finnland, wo durch Abnahmegarantien öffentlicher Energieanbieter der freie Wettbewerb hintergangen wird oder in Bayern, wo die Atomindustrie billige Kredite erhält.

Atomkraftwerke sind nicht energieeffizient, bei gleichem Einsatz von finanziellen Mitteln kann man im Vergleich zu Atomstrom zum Beispiel 20 bis 70 Prozent mehr Strom durch Windenergie bzw. das 10-fache an Strom durch Energiesparmaßnahmen erreichen.

Die Organisation Euratom ist veraltet. Aufgezeigt wird die EU-Atompolitik, wie sie im Euratom-Vertrag festgelegt ist und ungebrochen die politische Haltung der 50er und 60er Jahre verkörpert. Alle Debatten um die Atomenergie, die Verquickung militärischer und ziviler Anwendungen, über Unfallrisiken oder Terrorismus scheinen spurlos an Euratom vorübergegangen.

Zu sieben energiepolitischen Reformschritten fordern Wenisch und Prauhart auf: ● Der Euratom-Vertrag soll auslaufen bzw. gründlich reformiert werden. ● Für die Atomenergie soll der faire Wettbewerb gelten. ● Es sollen keine weiteren Subventionen in die Atomindustrie fließen. ● Auch Atomkraftwerks-Betreiber

müssen sich der vollen Kostenwahrheit, vom Bau bis zur Atommüllagerung stellen. ● Die Haftungssummen der Atomkraftwerks-Betreiber sollten auf das Niveau erwartbarer Schäden eines Super-Gaus erhöht werden. ● Formulierungen in EU-Dokumenten wie „low carbon emission“, die Atomkraftwerke über die Hintertür des „Klimaschutzes“ subventionierbar machen, müssen gestrichen werden. ● Energieeffizienz soll gesteigert und erneuerbare Energien konsequent ausgebaut werden.

Antonia Wenisch, Nadia Prauhart: 50 Jahre Atomenergie sind genug – Zum Status der Atomkraft im 21. Jahrhundert; Studie im Auftrag von „Die Grünen“, Österreichisches Ökologieinstitut Wien 2006. Studie zum Download: <http://www.ecology.at/projekt/projekt.php?projektID=493> ●

Personen

Forschungszentrum Jülich unter neuer Führung

Neuer Vorsitzender des Forschungszentrums Jülich wird Prof. Dr. Achim Bachem. Er tritt im Oktober 2006 die Nachfolge von Prof. Dr. Joachim Treusch als Vorstandsvorsitzender des Helmholtz-Zentrums an. Dies hat der Aufsichtsrat des Forschungszentrums Jülich am 13. Juni 2006 entschieden.

Bachem ist seit 1996 Vorstandsmitglied des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), ebenfalls ein Helmholtz-Zentrum, und dort verantwortlich für die Raumfahrt- und Verkehrsforschung sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie. Der derzeitige Amtsinhaber Treusch ist seit 1990 Vorsitzender des Vorstandes und hat den Wandel des Forschungszentrums Jülich von einer ur-

sprünglich allein auf Kernforschung konzentrierten Einrichtung hin zum größten multidisziplinären Forschungszentrum in Europas gestaltet, teilt die Kommunikations- und Medienabteilung in ihrer Selbstdarstellung mit. ●

Personen

Sternglass in Berlin

1938 floh ein 14jähriger Junge mit seinen Eltern aus Berlin in die USA, der Großvater wurde von den USA abgewiesen weil er - schwerhörig war. Er starb wenig später in einem deutschen KZ. Die Eltern des jungen Ernest J. Sternglass waren Ärzte. Am Familientisch erfuhr Sternglass schon als Kind, daß Röntgenstrahlen einerseits sehr hilfreich bei der Behandlung von Kranken sein, andererseits - zu großzügig angewandt - zu erheblichen Gesundheitsschäden führen können. Sternglass beendete in den USA die Schule und studierte Physik. Er gehört zu den wenigen Menschen, die heute noch von ihrer Begegnung mit Albert Einstein berichten können. Das Treffen im Jahre 1947 beeindruckte ihn tief - Einstein hatte ihm klarmachen können, daß niemand beeinflussen könne, was mit seinen Entdeckungen oder Erfindungen später von anderen angestellt wird. Es war ihm nach dem Kontakt mit Einstein klar, daß er sich lebenslang für die Abschaffung der Atomwaffen einsetzen würde.

Über viele Jahre arbeitete Sternglass bei der Firma Westinghouse, die auch die meisten amerikanischen Kernkraftwerke konstruierte. Von 1958 an befaßte er sich aus eigenem Interesse mit den Auswirkungen des Fallouts der Atomwaffentests auf die Gesundheit, ohne aber deshalb Ärger mit der Firma Westing-